

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Egon Bahr MdB, Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses, setzt sich mit Kurt Biedenkopfs Nuklear-Theorie auseinander: Weiter als Mechttersheimer.
Seite 1

Helmut Rohde MdB zum CDU-Bundesparteitag: Parteitag in der Gartenlaube?
Seite 2

Fritz Säger beschreibt, wie die deutsche Friedensbewegung auf das Ausland wirkt: Signal aus einem neuen Deutschland.
Seite 3

Nils Diederich MdB behandelt das Problem der Deutschlandfrage in Schule und Publizistik: Die Entspannungspolitik beharrlich fortsetzen.
Seite 5

Siegmar Mosdorf skizziert die technologische Herausforderung der 80er Jahre: Noch ist die Bilanz offen.
Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 207

29. Oktober 1981

Weiter als Mechttersheimer

Biedenkopf setzt Diffamierungen Schranken

Von Egon Bahr MdB

Vorsitzender Unterausschuß Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses

Der Aufsatz des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Biedenkopf verdient unter zwei Gesichtspunkten Beachtung: Er bezweifelt grundsätzlich die bestehende NATO-Strategie und bestätigt die innere Legimitation der Friedensbewegung.

Biedenkopf nimmt damit eine Position ein, die von der Führung der CDU/CSU auf das heftigste bekämpft und mit den diffamierend gemeinten Vorwürfen des Pazifismus und Neutralismus bedacht worden sind. Er geht mit seiner Haltung weiter als Mechttersheimer. Hier zeigt sich, daß die Grundfragen europäischer Sicherheitspolitik nicht nur SPD und FDP beschäftigen, sondern in den Führungskern der deutschen Opposition übergriffen haben.

Wenn Biedenkopf die Frage aufwirft, ob die nukleare Abschreckung auf Dauer konsensfähig bleiben kann, so ist ihm zunächst darin zuzustimmen, daß ohne grundlegende Übereinstimmung der Bevölkerung über Verteidigungsfähigkeit und ihren Sinn keine Strategie wirksam bleiben kann. Die Konsequenzen seiner Überlegungen führen in viel weiterreichendere Dimensionen als die bisherige öffentliche Diskussion. Er hat diese Diskussion eröffnet, die damit kaum noch der parteipolitischen Diffamierung ausgesetzt werden kann. Daß Biedenkopf dabei das Risiko des Vorwurfs auf sich genommen hat, durch eine derartige Diskussion zu dieser Zeit die westliche Verhandlungsposition zu schwächen, zeigt wie dringlich und unausweichlich es ihm am Vorabend des CDU-Parteitages erschienen sein muß, die Verkrustung seiner Partei zu durchbrechen und sie für die Friedensbewegung doch noch dialogfähig zu machen. Man wird sehen, in wie weit ihm dies gelingt. Unabhängig davon werden seine Thesen die sorgfältige Prüfung erfahren müssen, die sie verdienen.

(-/29.10.1981/ks/ca)

+ + +

Kemalpaier-Umgebung
mit verbesserter Recycling-
Papier



Zum Soll und Haben der CDU

Parteitag in der Gartenlaube?

Von Helmut Rohde MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Als sanfte Welle, zärtlich und vertändelt, wie Hippies im Rheintal, so präsentieren Dr. Heiner Geißler und Dr. Norbert Blüm sich und die Politik der CDU vor deren Parteitag in Hamburg.

Hört und liest man sie, dann muß man den Eindruck gewinnen, als seien sie gerade dem deutschen Biedermeier entsprungen. Da gibt es nur Glück im stillen Winkel. Keine Kernenergie ohne Wenn und Aber wie bei Herrn Kohl. Keine Polemik gegen den Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses wie beim Strauß. Keine feuchten Augen beim Thema Neutronenbombe, wie sie von Angehörigen der Jungen Union bei ihren Unions-Altvorderen ausgemacht worden sind. Kein kommerzialisiertes Fernsehen, keine Profitflimmerkiste, wie sie eigentlich die Union will und in deren Ausstrahlungsbereich schwerlich Zärtlichkeit und eigenständiges Familienleben gedeihen können. Nein: Auf ganzer Linie nur Blüms Mama-Komplex und die stille Zukunft des sanften Heiners.

Das läuft so ähnlich, wie es bei Margaret Thatcher in England begonnen hatte: Zuerst wurde das traute Bild der alten Tugenden gezeichnet, und gelandet ist man schließlich bei der Rückkehr zu den alten kapitalistischen Lastern.

Im Ernst: Es ist schon ein ziemlicher Krampel, der einem zur Zeit in der deutschen Politik präsentiert wird. Meist sind es PR-Maschen und Gaukelei. Dabei soll von dem Tatbestand abgelenkt werden, den jeder Kundige belegen kann: Vom Ruck der Union nach rechts, von ihrer konservativen Welle, die seit der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß zunehmend von der CSU auf alle Teile der CDU überschwappt.

Diese konservative Restauration erscheint in zweierlei Auflage: Einmal als Gartenlaube mit den Biedermeier-Bildern der beiden Doktoren Blüm und Geißler, und zum anderen als Tendenzwende-Pamphlet von Strauß und Kohl, insbesondere für die Außen-, Rüstungs- und Gesellschaftspolitik. Die einen mimen, um einen heute beliebten Unterschied aufzugreifen, die "Wertkonservativen" und andere die "Strukturkonservativen". In diesem Stil wird in Deutschland zur Zeit die "Sinnfrage bewältigt". Ich kann mir gar nicht denken, daß sich junge Menschen auf einen solchen Trip locken lassen. (-/29.10.1981/ks/ca)

+ + +



Signal aus einem neuen Deutschland

Im Ausland wird der deutsche Friedenswillen anerkannt

Von Fritz Sänger

Es ist erstaunlich schnell still geworden um die Kundgebung, die am 10. Oktober 1981 in Bonn stattgefunden hat. Diese größte Demonstration, die jemals seit Bestehen der Bundesrepublik für den Frieden eintrat, machte weniger Schlagzeilen als der turbulente Streit um sie, bevor die Massen zusammengekommen waren. Bilder zeigten nur viele Menschen, nichts sonst.

Der Eindruck ist entstanden, daß da etwas nicht gestimmt hat, als sich die Politiker, auch die in der Regierung - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die Haare raufen. Es scheint so, daß auch die Verantwortlichen Sinn, Bedeutung und politischen Wert nicht ausreichend sorgfältig und souverän eingeschätzt oder nicht begriffen haben, was da weltweit Wirkung haben würde.

Furcht vor der Opposition, vor den Unbelehrbaren und auch eine unzureichende, einseitig informierte Kenntnis der politisch relevanten Kräfte in den verbündeten Nationen haben offensichtlich die Erwägungen beherrscht und die distanzierenden und ablehnenden Entscheidungen herbeigeführt. Diese Kundgebung für den Frieden wurde dennoch ein Signal, das die Völker horteten. Es kam aus einem neuen Deutschland.

Viele ältere und jüngere Deutsche kennen noch aus den Schulstuben jenes Bild, auf dem unter wehender Kriegsflagge deutsche Marinesoldaten zwischen den Reihen der toten oder verwundeten Kameraden aus anderen europäischen Ländern hindurch an die Front stürmt. Es hängt noch in manchen Amtsräumen der Bundesrepublik. Das Bild hat einst rund um den Erdball Beachtung und eine Ausdeutung gefunden: "Die Deutschen kommen...!" Es zeigt einen Angriff in China, wo 1900 der "Boxer-Aufstand" europäische Mächte militärisch vereinte. Es wurde zum Sinnbild deutscher Politik, vor allem dort wo die Entwicklung politischer Macht im neuen Deutschland unter einem jungen Kaiser mit Argwohn betrachtet wurde.

Der Reichstag beschloß damals in fast jeder Periode eine Verstärkung der Landstreitkräfte. Zwei Flottenbau-Gesetze ließen aufforchen. Eine aktive Kolonialpolitik führte zu Verärgerung und Nervosität der anderen Mächte. Politisch ungeschickte und gefährliche Auerungen des Kaisers ("Krüger-Depesche 1896, Burenkrieg"), ein Interview des Monarchen im Londoner "Daily Telegraph" (1890), aus Prestige entstandene Aktionen Deutschlands gegen die Marokkopolitik Frankreichs (ein deutsches Kriegsschiff stand vor Agadir) und eine lange Reihe ähnlicher und stets gefährlicher Vorgänge führten mehr und mehr zu einer krisenartigen Entwicklung, an deren Ende ein Krieg befürchtet wurde: Die Deutschen kommen! Bündnisse und Abkommen jeder Art entstanden auf der einen und auf der anderen Seite. Die Spannungen mehrten sich. Der erste Weltkrieg brach aus und das Kaiser-Reich zerfiel. Der Versuch, eine demokratische Staatsverfassung auch als eine demokratische Wirklichkeit herauszubilden, scheiterte. Die Diktatur kam und schürte die Kriegsfurcht. Der Zweite Weltkrieg, unbezweifelbar von den deutschen Machthabern des Nationalsozialismus gewollt, bestätigte die Furcht. Die Deutschen kamen!

Was immer geschehen war, was auch verzerrt und verfälscht dargestellt und behauptet wurde, von der einen oder von der anderen Seite - stets blieb das Bild der voransturmenden Deutschen, eines deutschen Machtstrebens in den Völkern und nicht nur in Europa gegenwärtig und drohend im Gedächtnis.

Am 10. Oktober 1981 stürmt Deutsche wieder unter wehenden Fahnen an eine Front. Sie trugen Transparente, sie mahnten und forderten durch Rufe und Sprechchöre, aber sie trugen keine Waffen. Der Drang zu dieser Front hin war der Drang zum Frieden. Die Demonstration in Bonn war als Ausdruck des Willens geplant, den Frieden als das erste und das wichtigste Ziel jeder politischen Arbeit zu sichern.



Dazu hatten bekannte und geachtete Organisationen aufgerufen: Die Aktion "Sühnezeichen" und die Aktionsgemeinschaft "Dienst für den Frieden". Die Initiative kam also aus dem Volke, nicht aus den Parteien und nicht von der Regierung. Das Volk will den Frieden!

Die sich dazu bekannten brachten für sich nicht geringe Opfer: Sie fuhren in den Nächten hin und zurück. Sie verzichteten auf ihre Ruhezeit und auf Löhne oder Zulagen. Sie haben keine Gewalt geübt, wie ihrem Vorhaben unterstellt worden war. Sie kamen und sie sprachen für Millionen, die daheim mit gleichen Wünschen, Hoffnungen und dem Glauben an die Vernunft zurückgeblieben waren. Sie wollten bei einem Akt nicht fehlen, der noch einmal den Willen bekunden sollte: Nie wieder Kriegl Väter und Großväter hatten zwei Kriege überlebt; die Söhne und Enkel wollen leben, ohne daß ein dritter Weltkrieg sie und ihre Familien zerreißt.

Die Demonstration in Bonn war ein Beschluß des Volkes, das aus eigener Einsicht gehandelt hat. Es wäre für die Kraft und die Wucht einer solchen Kundgebung gewiß nützlicher gewesen, wenn Sympathie, aufmunternde Zurufe und aktive Hilfsbereitschaft aller in der Demokratie wirkenden Institutionen die großartige Idee des gemeinsamen Bekenntnisses unterstützt hätten.

Daß die deutsche Opposition es verantworten will, statt einer wahrhaft nationalen und christlichen Aktion zu folgen, glaubt sie Chancen für Wählerstimmen einzufangen zu können, daß Ewiggestrige, die ohne Geschichtsbewußtsein leben, jeweilige Mitläufer, sich nicht beteiligten, wenn Deutsche den Frieden zu wahren bemüht sind - es ist dies keine neue Erscheinung auf der rechten Seite der deutschen politischen Wirklichkeit.

Zu vielen in Deutschland ist es noch immer gleichgültig, wie das Ausland denkt und welche Wirkung Ereignisse wie diese Friedenskundgebung jenseits der Grenzen ausüben. Es erkennt (und dort wird es auch vermerkt!), daß diese Kundgebung in Deutschland ausgedacht, organisiert und verwirklicht wurde. Mit den Millionen in der Bundesrepublik waren in diesen Stunden des Rufes nach dem Frieden Millionen in den Nachbarländern und weithin in der Welt verbunden. Man weiß vielleicht noch immer jenseits der deutschen Grenzen besser als diesseits, was eine Forderung nach Frieden wirklich bedeutet.

In der Demonstration in Bonn ging es nicht um Details der Friedensordnung, sondern um die Idee und ihre Verwirklichung in unseren Tagen. Der Deutsche Bundestag hatte am Tage zuvor darüber beraten, über Vor-, Nach- oder Abrüstung und ihre Verwirklichung.

Weil dies gegenwärtige und weil es gefährliche Einzelheiten im Gesamtthema Frieden oder Krieg sind, will das deutsche Volk in dieser Demonstration vor allem, daß der Grundwert in der "Sache", die beraten wird, der Mensch, nicht vergessen wird, daß er am Leben bleiben will und muß.

Das deutsche Volk wird seit Jahrzehnten - es mag Anlässe genug gegeben haben - verfälscht, verzerrt, entstellt und karikiert und dennoch zuweilen zutreffend gezeichnet. Jetzt aber hat es in einer freien Demonstration aus eigenem Denken und Willen der öffentlichen Meinung der Welt zugerufen, daß es heute an der Front derer steht, die den Frieden wahren wollen. Diesen Willen zu unterstützen wäre jede Förderung von jedermann nötig und sie wäre der Sache würdig und wert gewesen.

Es wird auch amtlichen Stellen in Bonn nicht unbekannt geblieben sein, daß es neben offiziellen Stellungnahmen, die nicht immer nur die reine Wahrheit aussagen, auch andere gibt, die von nicht geringerem Wert sind. In diesem Falle ließen manche Äußerungen deutlich genug erkennen, daß jeder Verbündete auf seine besondere Art Hilfe zu leisten vermag, dem Frieden zu dienen, daß sie mindestens denen helfen, die ihn wirklich wollen. Solche Erwägung und Hoffnung muß nicht in jedem Falle ausdrücklich und öffentlich bestätigt werden. Ein solches "Spiel" gehört auch zur ernsthaften politischen Arbeit - und gerade, wenn es um den Frieden geht oder um die totale Vernichtung allen Lebens.

(-/29.10.1981/ks/ca)

* * *



Die Entspannungspolitik beharrlich fortsetzen

Die deutsche Frage in der Praxis der Schule und der deutschen Publizistik

Von Prof. Dr. Nils Diederich MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die Zweite Anhörung zur deutschlandpolitischen Bildung, die insbesondere die deutsche Frage in der Praxis der Schule, in der Bildungs- und politischen Öffentlichkeitsarbeit sowie in der Publizistik behandelte, machte deutlich, daß die "deutsche Frage" nicht durch pädagogisch-publizistische Geschäftigkeit beantwortet werden kann. Dr. Heinz W. Friese, Vorsitzender des Verbandes deutscher Schulgeographen und pädagogisch aktiver Historiker und Geograph, hat unsere Zustimmung mit seiner Feststellung, das pädagogische Hauptproblem bei der Behandlung Deutschlands und der deutschen Frage im Unterricht sei, daß nicht nur die Schüler, sondern ein wachsender Teil der Eltern und der Lehrer die beiden deutschen Staaten niemals als gemeinsames Deutschland erlebt hätten. Und der Publizist Dr. Dettmar Cramer vom RIAS Berlin stellte fest, daß die Publizistik sich nicht als "Schule der Nation" einsetzen lasse. Der Schwarze Peter wird also - was auch W.W. Schütz vom Kuratorium Unteilbares Deutschland tat - an die Politiker zurückgereicht.

Aber kann man denn mit Deklarationen, Feiertagsreden und anklagenden Manifesten etwas in der deutschen Frage bewegen? Die CDU/CSU-Opposition beschert uns im Plenum des Deutschen Bundestages, wenn auch mit kläglichem Erfolg, ihre Schaufensteranträge und scharfmacherischen Debatten.

Die deutsche Frage kann nur beantwortet werden mit beharrlicher Politik auf der Basis der sozialliberalen Entspannungspolitik. Dies bedeutet Kontakte auf allen Ebenen, Gespräche, den Versuch, praktische Fragen von Tag zu Tag zu lösen. Diese Politik hat bisher nach dem Kriege die einzigen Erfolge gebracht, die das Auseinanderdriften der Teile Deutschlands wenigstens aufgehalten hat; und diese Politik ist auch die einzige Möglichkeit, Rückschläge während der derzeitigen Abkühlungsperiode in Grenzen zu halten. Das Gespräch des Bundeskanzlers Willy Brandt mit Willi Stoph in Erfurt wurde von Pädagogen und Publizisten gleichermaßen als exemplarisch, als Ereignis gedeutet, das Engagement und Teilnahme der Bürger angeregt habe; ähnliche Ereignisse in der Zukunft würden ähnlichen Effekt haben.

Beharrliches Handeln und die konkrete Begabung sind die Mittel, das gemeinsame Erbe Deutschlands zu bewahren. Die Friedensfrage bietet die Möglichkeit, die junge Generation von der Notwendigkeit der Verständigung über die deutsch-deutsche Grenze hinweg zu überzeugen, und sie ist gleichzeitig ein Mittel, den Wunsch nach zielgerichteter und erfolgversprechender Aktivität zu erfüllen. Gerade den Reisen in die DDR, vor allem auch für Schüler und Studierende, wurde allgemein ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Den Ertrag der beiden Anhörungen zur deutschlandpolitischen Bildung wird man erst er-messen können, wenn der innerdeutsche Ausschuß eine Sichtung und Auswertung der vielfältigen Materialien vorgenommen hat. Eines ist sicher: Die Defizite an Wissen und Informationen sind groß, und sie zu überwinden, ist eine gemeinsame Aufgabe der demokratischen Parteien in Deutschland.

(-/29.10.1981/vo-he/ca)



Noch ist die Bilanz offen

Die technologischen Herausforderungen der Achtziger Jahre

Von Siegmur Mesdorf

SPD-Landesgeschäftsführer von Baden-Württemberg

Die technologischen Herausforderungen der Achtziger Jahre sollen hier beispielhaft an den Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer näher analysiert werden, weil davon die Menschen am unmittelbarsten betroffen sein werden und weil ich hierzu am meisten Erfahrungen in den letzten Jahren bei der IG Metall sammeln konnte.

1. Beschreibung des technologischen Wandels

Der technologische Wandel vollzieht sich heute an der ganzen Front gesellschaftlicher Veränderungen. Er hat ein größeres Ausmaß als zu früheren Zeiten und durch die revolutionäre Veränderung der Preis-Leistungs- und des Leistungs-Größen-Verhältnisses eignen sich viele neue Technologien zur Massenverwendung; sie müssen sogar als Massengut produziert werden, um überhaupt realisiert werden zu können. Die Geschwindigkeit des technologischen Wandels hat enorm zugenommen. Hierzu nur ein Datum: Der größte deutsche Konzern, Siemens, hat 1979 80 Prozent seines Umsatzes mit Produkten gemacht, die es Anfang der Siebziger Jahre noch gar nicht gab. Früher verlief der Prozeß der Entwicklung so langsam, daß man am Erfolg lernen konnte, da hatte trial and error noch einen Sinn, heute jedoch ist die Irreversibilität so erdrückend, daß der Irrtum ex post kaum korrigiert werden kann.

Die wichtigste Ursache, die wichtigste Triebfeder für das Ausmaß und die Geschwindigkeit des technologischen Wandels in der Arbeitswelt sind ohne Zweifel die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen, vor allem die veränderten terms of trade. Hinzu kommt jedoch noch ein neuer weiterer Impulsgeber zur Forcierung des technologischen Wandels: der große, kostenintensive, administrative, verwaltende Sektor. Die Beschäftigungsstruktur hat sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland so drastisch verändert, daß die Wirtschaft gerade auch im Angestelltenbereich versucht hat, arbeitssparende Technologien einzusetzen.

2. Beschreibung der sozialen Folgen des technologischen Wandels

Negative soziale Folgen des technologischen Wandels könnten sein:

- Arbeitsmarktbelastungen durch den Einsatz arbeitssparender Technologien;
- Taylorisierung in der Arbeitsorganisation, jetzt nicht mehr nur in der Fabrik, sondern auch in den Bürobereichen;
- Arbeitszeitveränderungen, vor allem auch Zunahme der Schichtarbeit in kapital- und serviceintensiven Bereichen;
- die technische Kommunikation löst nicht selten menschliche Kommunikation in vielen Bereichen ab;
- die Qualifikationsforderungen verändern sich, ob dabei letztlich Höher- oder Abqualifizierung herauskommt hängt entscheidend von der Arbeitsorganisation ab;
- Datenschutzprobleme;
- Leistungsverdichtungsprozesse nehmen zu, weil natürliche Leistungstäler in den Arbeitsabläufen durch die Konzentration der Arbeitsvorgänge mit neuen Technologien wegfallen;
- kapitalintensiver Einsatz neuer Technologien führt bei der Herstellung von diesen Technologien zu einem größeren Rohstoffverbrauch.



Positive soziale Folgen des technologischen Wandels könnten sein:

- Langfristige Sicherung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und Schaffung neuer Arbeitsplätze;
- Steigerung des Wohlfahrtsniveaus der Volkswirtschaft mit der Folge denkbarer Verteilungsreserven für marginale Randgruppen und/oder Verbesserung der Lage der Völker der Dritten Welt;
- Reduzierung des Arbeitsvolumens für die Menschen mit der Chance, Arbeitszeitverkürzungen zu realisieren;
- neue Technologien können im Produktionsprozeß zu Rohstoffeinsparungen führen;
- angepasste Technologien können die Entwicklung der Entwicklungsländer fördern.

Die Bilanz ist also offen. Meine These lautet: Ob der technologische Wandel Summa summarum positive oder negative soziale Wirkungen hat, hängt von den sozialen Rahmenbedingungen des technologischen Wandels ganz entscheidend ab.

3. Elemente einer Politik des sozial-kontrollierten technologischen Wandels

Zur Einleitung einige ideologiekritische Bemerkungen: Das am besten gepflegte Vorurteil unserer Gesellschaft ist das mit dem Märchen vom Heizer auf der E-Lok umschriebene Bild der Arbeiterbewegung als Maschinenstürmerbewegung. Dabei war die Arbeiterbewegung in Deutschland, auch wenn sie sich selbstverständlich vorwiegend den Risiken des technologischen Wandels annehmen mußte, nie technologiefeindlich eingestellt, ganz im Gegenteil zu den Konservativen, die immer schon technik- und kulturpessimistische Ansätze vertraten.

Einige denkbare kleine Schritte zur sozialen Kontrolle des technologischen Wandels könnten unter anderem sein:

- Es ist nicht einzusehen, daß die Unternehmensleitungen allein die Zukunft unseres Landes gestalten, indem sie heute über Innovation allein entscheiden. Deshalb brauchen wir bei allen Fragen des technologischen Wandels mehr Mitbestimmung. Die Mitbestimmung kann durch eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes insbesondere in den Bereichen der Informationspflicht und der stärkeren Beteiligung bei Fragen der Arbeitsorganisation verbessert werden.
- Gerade in Zeiten der geringeren Wachstumsraten und damit auch in Zeiten geringerer Verteilungsspielräume ist eine qualitative Tarifpolitik der Gewerkschaften, die sich insbesondere mit Fragen der Arbeitsorganisationen, der Arbeitsinhalte beschäftigt, von besonderer Bedeutung.
- Da neue Technologien nicht von Unternehmern und auch nicht von Unternehmensleitungen entwickelt werden, sondern von Arbeitnehmern, besteht die Chance des Dialogs innerhalb der Arbeitnehmerschaft, nämlich zwischen den Herstellern und den Anwendern neuer Technologien. Dabei haben die Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler eine Informations-Bringschuld, während die Facharbeiter, Meister und Angestellten eine Informations-Holschuld haben. Wir brauchen dringend eine sozialverträgliche Strukturpolitik - gerade auch in Bezug auf Erstinnovation-, das heißt eine Lenkung der Investitionsströme, die den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen des Volkes gerecht wird.



- Wir brauchen im Land und im Bund dringend Institutionen, die sich mit "technology assessment", das heißt also mit Technologiefolgeabschätzung beschäftigen.
- Auch die kompliziertesten Technologien müssen für die Menschen, zumal für die, die mit diesen Technologien arbeiten müssen oder von ihnen betroffen sind, transparent und verständlich sein, sonst verschärfen sich die Entfremdungsprozesse exponentiell. Deshalb muß es bei Veränderungen von Produktionsstrukturen und Arbeitsbedingungen, der Flächennutzungsplanung ähnlich, Informationsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer im Betrieb geben.

Diese Elemente eines sozial-kontrollierten technologischen Wandels müssen weiter geprüft und weiter entwickelt werden.

4. Schlußbemerkungen

Ich persönlich glaube, daß es bei uns erheblicher Anstrengungen in den Achtziger Jahren bedarf, um Anschluß an die technologische Entwicklung zu halten. Ich bin auch sicher, daß diese Botschaft nur verstanden wird, nur Umsetzungsfolgen hat, wenn ein breiter, positiver Dialog zum technologischen Wandel aufgenommen wird. Um dieses zu schaffen, brauchen wir ein "Nationales Programm zur Modernisierung der Volkswirtschaft". Dieses Programm, an dem sich Bund, Länder und Kommunen beteiligten müßten, sollte vor allem aus folgenden Elementen bestehen:

- Modernisierungsinvestition in den Sektoren, die in Zukunft für die Weltwirtschaft eine entscheidende Bedeutung haben.
- Humanisierung der Arbeitsplätze durch den Einsatz neuer Technologien in den Bereichen, die besonders gesundheitsgefährdend sind.
- Neue Technologien zur rohstoffsparenden Produktion.
- Neue Technologien zur Entwicklung der Entwicklungsländer.
- Parallel dazu bedarf es eines umfangreichen Programms zur Verbesserung der Erst- und Weiterbildung.

Den großen technologischen Herausforderungen der Achtziger Jahre müssen wir also mit einem Konzept des "sozial-kontrollierten technologischen Wandels" begegnen. Wenn dieses gelingt, werden die technologischen Herausforderungen zu meistern sein.

(-/29.10.1981/hi/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

